



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

45. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. Juni 1991

Nummer 27

Glied- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
101	4. 6. 1991	Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze	276
101		Berichtigung der Bekanntmachung des Staatsvertrages vom 12./13. März 1991 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen vom 16. Mai 1991 (GV. NW. S. 237)	276
20320 20061	7. 6. 1991	Verordnung über die Zulassung der regelmäßigen Datenübermittlung vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen an die Regierungspräsidenten zum Zwecke der Beihilfenbearbeitung	276

101

**Gesetz
zu dem Staatsvertrag
zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen
und dem Land Rheinland-Pfalz
über die Änderung
der gemeinsamen Landesgrenze
Vom 4. Juni 1991**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Dem am 16./30. Januar 1991 unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Rheinland-Pfalz über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze – Anlage zu diesem Gesetz – wird zugestimmt.

§ 2

Das Gebiet, das nach Artikel 1 Abs. 2 des Staatsvertrages auf das Land Nordrhein-Westfalen übergeht, wird mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Grenzänderung in die Stadt Siegen eingegliedert.

§ 3

Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach Artikel 3 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzugeben.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Juni 1991

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L. S.)

Johannes Rau

Der Innenminister

Schnoor

Anlage

Staatsvertrag

zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen
und dem Land Rheinland-Pfalz
über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze

Das Land Nordrhein-Westfalen und das Land Rheinland-Pfalz schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

(1) Das Land Nordrhein-Westfalen tritt an das Land Rheinland-Pfalz aus dem Gebiet der Stadt Siegen das Flurstück 762 in Flur 1 sowie die Flurstücke 307, 308, 309, 178, 179, 296, 297 und 7 in Flur 2 der Gemarkung Niederschelden ab.

(2) Das Land Rheinland-Pfalz tritt an das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Gebiet der Ortsgemeinde Mundersbach die Flurstücke 621/2, 622/1 und 628/1 in Flur 2 der Gemarkung Mundersbach ab.

Artikel 2

Die betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände regeln die Rechtsfolgen der Änderung der Gemeindegebiete und die Auseinandersetzung durch Vereinbarungen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörden.

Artikel 3

(1) Der Staatsvertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden ausgetauscht.

(2) Der Staatsvertrag tritt am ersten Tag des auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgenden Monats in Kraft.

Düsseldorf, den 30. 1. 1991

Für das Land Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Johannes Rau

Mainz, den 16. 1. 1991

Für das Land Rheinland-Pfalz

Der Ministerpräsident

C.-L. Wagner

– GV. NW. 1991 S. 276.

101

Berichtigung

Betr.: Bekanntmachung des Staatsvertrages vom 12./13. März 1991 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen vom 16. Mai 1991 (GV. NW. S. 237)

Die Bekanntmachung des Staatsvertrages vom 12./13. Mai 1991 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen wird wie folgt berichtigt:

Die Schlußzeichnung muß richtig lauten:

Potsdam, den 13. März 1991

Für das Land Brandenburg
Namens des Ministerpräsidenten

Der Finanzminister

Klaus-Dieter Kühbacher

Düsseldorf, den 12. März 1991

Für das Land Nordrhein-Westfalen
Namens des Ministerpräsidenten

Der Finanzminister

Heinz Schleußer

– GV. NW. 1991 S. 276.

20320
20061

**Verordnung
über die Zulassung
der regelmäßigen Datenübermittlung
vom Landesamt für Besoldung
und Versorgung Nordrhein-Westfalen
an die Regierungspräsidenten zum Zwecke
der Beihilfenbearbeitung**

Vom 7. Juni 1991

§ 1

Datenübermittlung zum Zwecke
der Beihilfenbearbeitung

(1) Zur Bearbeitung von Anträgen auf Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen an Be-

amte, Angestellte und Arbeiter dürfen dem Regierungspräsidenten im Rahmen seiner Zuständigkeit personenbezogene Daten der Beschäftigten nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 in den Geschäftsbereichen des Innenministeriums, des Kultusministeriums, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Bauen und Wohnen und des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen regelmäßig übermittelt werden.

(2) Für Zwecke der Zahlbarmachung der Beihilfen dürfen folgende Daten der Beschäftigten übermittelt werden:

1. Vor- und Familienname,
2. Anschrift,
3. Geschlecht,
4. Geburtsdatum,
5. Bankverbindung (Bankleitzahl, Kontonummer),
6. akademischer Grad.

(3) Zur Feststellung der Anspruchsberechtigung und der Bemessungsgrundlage des Beihilfeanspruchs dürfen neben den in Absatz 2 unter den Nummern 1 bis 5 aufgeführten Daten der Beschäftigten übermittelt werden:

1. Status (Beamter, Angestellter, Arbeiter),
2. Dienststelle,
3. halber Krankenversicherungsbeitrag (bei Angestellten und Arbeitern),
4. Arbeitgeberzuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag,
5. Krankenversicherungsverhältnis (Pflichtversicherung, freiwillige Versicherung) für die vorausgegangenen zwei Jahre,
6. Zahlfallstatus für die vorausgegangenen zwei Jahre (laufender Zahlfall, Mutterschutzurlaub, Erziehungsurlaub, Wahlvorbereitungsurlaub, Sonderurlaub, Grundwehrdienst, Zivildienst, Wehrübung, ruhender Zahlfall, abgeschlossener Zahlfall),
7. Familienstand in den vorausgegangenen zwei Jahren (ledig, verheiratet, verheiratet Ehegatte im öffentlichen Dienst vollzeitbeschäftigt, verheiratet Ehegatte im öffentlichen Dienst teilzeitbeschäftigt (Quote, Stundenzahl), verheiratet Ehegatte im öffentlichen Dienst Lohnempfänger bzw. Anwärter/Beamter auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, verheiratet beide Ehegatten teilzeitbeschäftigt (Quote, Stundenzahl) im öffentlichen Dienst, verheiratet Ehegatte Versorgungsempfänger, verwitwet, geschieden),
8. Gesamtzahl der Kinder,
9. Vornamen der Kinder,
10. Geburtsdaten der Kinder,
11. im Ortszuschlag in den vorausgegangenen zwei Jahren berücksichtigte oder berücksichtigungsfähige Kinder,
12. Anspruch auf Kindergeld für die vorausgegangenen zwei Jahre, sofern dem Beschäftigten kein Ortszuschlag zusteht.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die Verordnung wird aufgrund des § 9 Abs. 8 in Verbindung mit Absatz 2 des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSG NW) vom 15. März 1988 (GV. NW. S. 160) für ihren Geschäftsbereich erlassen von dem/von der

- a) Innenminister,
 - b) Finanzminister,
 - c) Kultusminister,
 - d) Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales,
 - e) Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie,
 - f) Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft,
 - g) Minister für Stadtentwicklung und Verkehr,
 - h) Ministerin für Bauen und Wohnen
- des Landes Nordrhein-Westfalen.

Düsseldorf, den 7. Juni 1991

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herbert Schnoor

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Heinz Schleußer

Der Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Hans Schwier

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Hermann Heinemann

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Günther Einert

Der Minister
für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen
Klaus Matthiesen

Der Minister
für Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Franz-Josef Kniola

Die Ministerin
für Bauen und Wohnen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Ilse Brusi

Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9882/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 95,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9882/241, 4000 Düsseldorf 1

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359